

- 5.1 Der vorhandene Baumbestand ist zu erhalten. Bei der Bauausführung ist so vorzugehen, daß eine Beschädigung der Bäume, insbesondere auch des Wurzelbereiches, ausgeschlossen wird. Unter diesen Gesichtspunkten sind auch Anschüttungen an den Bäumen zu vermeiden.
- 5.2 Abgängige Bäume sind durch Neuanpflanzungen heimischer Laubbäume, bevorzugt Stieleichen, zu ersetzen.
- 5.3 Zum Schutz des Baumbestandes (Wasserversorgung, Wurzelatmung) darf keine Oberflächenversiegelung durchgeführt werden. Die Oberfläche des Rad- und Fußweges ist als wassergebundene Decke zu gestalten.
- 5.4 Sollte sich aus Gründen der Hochwassersicherheit eine Oberflächenversiegelung nicht ganz vermeiden lassen, ist als Ausgleich für den Eingriff in Naturund Landschaft eine gleichgroße Fläche im Bereich Naturschutzbehörde - und der BfN - Bezirksdirektion für Forsten und Naturschutz, Außenstelle Marburg, zu entsiegeln.
- 5.5 Der Grünstreifen zwischen den Bäumen ist mit standortgerechten, heimischen Laubsträuchern in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde zu bepflanzen.
- 5.6 Bei der Überführung des Gewässers Flurstück 117 darf der natürliche Gewässergrund nicht beeinträchtigt werden. (Absenkung des Rohrdurchlasses um 1/3 in den Untergrund und Vergrößerung der Durchlaßöffnung.

6. Sonstige Planzeichen und Festsetzungen

Flächen für Aufschüttung

Flächen für Abgrabung

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans

7. Nachrichtliche Übernahmen

------ Flurgrenze

Stadtplanungsabteilung Marburg d. 4.11.86

Querschnitt: Verkehrsraumaufteilung

Flurstücksgrenze

Der Planentwurf hat in der Zeit vom 23.04.87 bis 27.05.87 offentlich ausgelegen. Die Bekanntmachung der Planauslegung was gemäß Hauptsatzung am 15.04.87 vollendet

Die Burgeranhorung hat gem § 2a BBau stättgefunden Burgerversammlung am Ausgelegt vom o7 11 8

FÜR DAS GEBIET: STEINMÜHLENWEG

BESCHEINIGUNG DES KATASTERAMTES

AUFSTELLUNGSBESCHLUSSVERMERK

beschlossen am 29.04.83

4a ANHORUNGSVERMERK

BEBAUUNGSPLAN DER STADT MARBURG NR 18/16-CAPPEL

nach den Bestimmungen des Bundesbaugesetzes i.d.f. vom 18.8.1976 (BGBL I.S.2256). Zuletzt geändert durch Gesetz vom 6.7.1979 (BGBL I.S.949) in Verbindung mit der Baunutzungsverordnung i.d.f. vom 15.9.1977 (BGLB I.S.1763) und der Planzeichenverordnung vom 30.7.81 (BGBL I.S.833) sowie der Hess. Bauordnung i.d.f. vom 16.12.1977 (GVBL 1978 I.S.2), geändert durch die Gesetze vom 6.6.1978 (GVBL I.S.317) und vom 10.7.1979 (GVBL I.S.179)

Ausgelegt vom 07 11 86

Es wird bescheinigt daß die Grenzen und Bezeichnungen der Flurstucke mit dem Nachweis des Liegenschaftskafasters übereinstimmen.

Der Landrat des Kreises Marburg-Biedenkapt Marburg, den 9.11.1983

- Katasteramt -

Aufstellung des Bebauungsplanes durch die SSTadtverordnetenversammlun

· SATZUNGSBESCHLUSSVERMERK Der Bebauungsplan ist als Satzung gemaß § 10 BauGB von der Stadtverordnetenversammlung am 27,08.87

Nicht beanstandet (§ 11 Abs. 3 BauGB)

Verfügung vom 4.12.1987 Az.: 34 - 61 d 04/01 - Cappel -14-

Gießen, den4.12.1987

Der Regierungspräsident in Gießen

VERMERK UBER DIE AMTLICHE BEKANNTMACHUNG NACH DER

Die Genehmigung des Behauungsplanes wurde am 8.01, 1988 offentlich bekanntgegeben

Oberburgermeister